

Bericht 49. Vollversammlung

Jugendpolitische Gespräche

Gespräch Sozialministerin, Katharina Schenk

Im ersten Gespräch mit Ministerin Katharina Schenk haben wir zentrale Punkte des Koalitionsvertrags aufgegriffen. Im Fokus standen die bessere Verzahnung von Schule und Jugendhilfe sowie die Bereiche Arbeit und Jugend. Durch den neuen Zuschnitt des Ministeriums entstehen aus unserer Sicht auch neue Chancen, dennoch haben wir die fehlende Nennung des Namenszusatzes „Jugend“ klar kritisiert. Ein wesentlicher Teil des Austauschs betraf die aktuelle Lage der Jugendverbände. Wir haben auf die anhaltenden Herausforderungen in Förderung und Bürokratie hingewiesen. Insbesondere die Pflicht zu detaillierten Teilnehmendenlisten und die Höhe der Tagessätze erzeugen einen bürokratischen Mehraufwand.

Insgesamt haben wir das Gespräch als zugewandt erlebt und sehen inhaltliches Entwicklungspotential für eine konstruktive Zusammenarbeit.

Gespräch Fraktion CDU, Andreas Bühl (Fraktionsvorsitzender)

Als Vorstand führten wir ein Gespräch mit Abgeordneten der CDU-Fraktion, u.a. mit der neuen jugendpolitischen Sprecherin Jane Croll. Im Mittelpunkt standen insbesondere die Themen Mobilität, Azubiwerk und Klassismus.

Zum Thema Jugendticket wurde deutlich, dass das Anliegen weiterhin im zuständigen Ausschuss beraten wird. Die finanziellen Spielräume werden als gering eingeschätzt, eine konkrete Finanzierung ist derzeit nicht absehbar. Die Einführung eines Azubiwerks wird von der Fraktion kritisch bewertet. Der grundsätzliche Bedarf an Wohnraum für junge Menschen und Auszubildende wird anerkannt, jedoch liegen bislang keine belastbaren Daten über einen Bedarf vor. Diese sollen zunächst erhoben werden, um den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln.

Insgesamt verlief das Gespräch in einer offenen und klaren Atmosphäre.

Gespräch Fraktion Die LINKE, Christian Schaft (Fraktionsvorsitzender)

Im Austausch mit der Fraktion Die Linke standen die Beschlüsse unserer 48. Vollversammlung im Mittelpunkt. Wir haben zu den Themen Azubiwerk, Kinderarmut, Mobilität sowie kostenlose Menstruationsprodukte unsere Positionen erläutert. Mit Beginn der neuen Legislatur übernimmt Linda Stark die Rolle der jugendpolitischen Sprecherin. Somit diente das Treffen als erster gegenseitiger Abgleich jugendpolitischer Prioritäten.

Unsere Anliegen stießen auf breite Zustimmung. Besonders beim Azubiwerk und dem Jugendticket konnte die Fraktion auf eigene Initiativen im Landtag verweisen, zu denen der Landesjugendring bereits im laufenden Jahr Stellungnahmen abgegeben hat.

Gespräch Fraktion SPD, Lutz Liebscher (Fraktionsvorsitzender)

Das Gespräch diente zunächst dem gegenseitigen Kennenlernen, Darin eingebettet eine erste Verständigung zu jugendpolitischen Themen aus jeweiliger unterschiedlicher Perspektive. Im Ergebnis war erkennbar, dass durch die Neubesetzung der Fraktion und deren Größe die Behandlung

jugendpolitischer Fragen noch in den Kinderschuhen steckt. Es bleibt abzuwarten, wie die Fraktion sich hier entwickelt.

Die Beschlüsse der 48. Vollversammlung wurden vorgestellt. Eine Meinungsbildung der Fraktion konnte durch den Fraktionsvorsitzenden nicht abschließend vorgetragen werden.

Gespräch Fraktion BSW, Anke Wirsing (Jugendpolitische Sprecherin)

Das erste Treffen mit Anke Wirsing (BSW), war wie bereits mit den anderen jugendpolitischen Sprecherinnen, ein erstes Kennenlernen. Aufgrund der laufenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt stand die Jugendförderung im Mittelpunkt des Gesprächs. Zudem konnten wir die zunehmende bürokratische Belastung der Jugendverbände deutlich machen, die auf Resonanz stieß. Im Gespräch konnten unsere Beschlüsse der 48. Vollversammlung diskutiert werden. Insgesamt verlief der Austausch offen und konstruktiv.

Konferenz der Landesjugendringe

Im März 2025 verantwortete der Vorstand die Durchführung der Konferenz der Landesjugendringe in Erfurt. Im Mittelpunkt standen insbesondere zwei Themen, die ausführlich diskutiert werden konnten.

Zum einen ging es um die politischen Situationen in den Bundesländern mit Blick auf die stattgefundene(n) Bundestagswahl als auch zu Landtagswahlen. Grundlegend war die Erkenntnis, dass das Wahlergebnis der AfD in den alten Bundesländern darauf hinweist, dass diese gesamtdeutsch "angekommen" und somit auch kein, wie oft medial verbreitet, ostdeutsches Problem alleinig sei. Im Übrigen verstärkt diese Erkenntnis auch das Wahlergebnis der Kommunalwahlen NRW im September 2025. Der Wahlkampf hat deutlich gezeigt, dass rechtspopulistische Narrative gesellschaftsfähiger werden und erkennbar auch in demokratischen Parteien ihren Widerhall finden. Aus dieser Sachlage heraus, ist es (jugend)politisch notwendig, die perspektivische Zusammenarbeit mit demokratischen Parteien differenzierter zu betrachten, neu zu justieren und im Kontext klarer Haltung auszurichten.

Zum anderen erfolgte eine Verständigung der Landesjugendringe untereinander zum DBJR und als Teil dessen. Hintergrund war u.a. die vorgenommene drastische Erhöhung des Mitgliedsbeitrages auf 300 % gestaffelt im Jahr 2025 und 2026 sowie eine weitere Öffnung im vorliegenden Beschluss ab 2027.

Im Ergebnis der Befassung wurde entschieden, dass die Konferenz der Geschäftsführenden sich mit der aktuellen finanziellen Situation der Eigenmittel des DBJR beschäftigen soll, mit dem Ziel, hierzu eine Vorlage zur Konferenz der Landesjugendringe im September 2025 (Kiel) vorzulegen. In der hierzu eingesetzten Arbeitsgruppe der Geschäftsführenden arbeitete unser Landesgeschäftsführer mit. In Kiel erfolgte die Verständigung, gemeinsam mit dem Vorstand des DBJR eine zielgerichtete Debatte zu beginnen, die auf eine grundlegende Veränderung der Einnahmesituation beim DBJR abzielen solle. Allein nur auf Mitgliedsbeiträge zu setzen, wird der Notwendigkeit der Erbringung von Eigenmitteln nicht gerecht.

Finanzielle Sicherung der Jugendverbandsarbeit, Jugendarbeit und Schulsozialarbeit

Der Landesjugendhilfeausschuss hat die Verlängerung des Landesjugendförderplanes um ein Jahr auf 31.12.2028 einmütig beschlossen. Mit diesem verbindet sich eine weitere Planungssicherheit für unsere Arbeit und unsere Angebote.

Das Jahr 2025 war im politischen Raum insbesondere von der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2026/2027 geprägt, vor dem Hintergrund, zunächst einen "Kassensturz" vorzunehmen und alles grundsätzlich in Frage zu stellen. Das führte nachvollziehbar zu großen Unsicherheiten und Unmut, da parallel nicht erkennbar war, welche Schwerpunkte die Landesregierung eigentlich verfolgt.

Jetzt liegt der Entwurf des Landeshaushaltes vor. Was heißt das für uns?

Die Jugendverbandsarbeit, Jugendarbeit und Schulsozialarbeit bleibt gesichert; jedoch nicht auf dem Förderniveau des Jahres 2025 (Örtliche Jugendförderung & Schulsozialarbeit und ohne Blick auf Übernahme von Kostensteigerungen, insbesondere Personalkosten). Die Budgetansätze werden 2026 auf die im Gesetz ausgewiesenen Mindestförderhöhen festgesetzt. In 2027 ist "nur" für die Örtliche Jugendförderung eine Erhöhung, deren Höhe jedoch unterhalb der bereitgestellten Mittel des Jahres 2025 bleibt. Für den Landesjugendförderplan und die Schulsozialarbeit sind keine Erhöhungen eingepreist.

Politisch gesehen haben uns die im Juli 2024 nochmals erhöhten gesetzlichen Mindestfördersummen geschützt. Ohne diese gesetzliche Sicherung wäre Schlimmeres erwartbar gewesen, zumal insbesondere bei der Örtlichen Jugendförderung und Schulsozialarbeit landespolitisch der Zeigefinger auf die örtliche Zuständigkeit gehoben worden ist.

Was heißt das für den Landesjugendförderplan?

Im Landesjugendförderplan hat die finanzielle Absicherung der Jugendverbandsarbeit hohe Priorität. Da der Plan eine Rang- und Reihenfolge vorsieht, sind dort jeweils die Kostenentwicklungen einzurechnen. Sofern die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel rechnerisch erreicht sind, endet in dem Haushaltsjahr die Reihenfolge. Jene Maßnahmen, die geldmäßig nicht unterstellt werden können, fallen daher weg. Das betrifft uns auch und fordert uns heraus, für eine deutliche Erhöhung der Mittel für den Landeshaushalt zu streiten.

Das sehr gut angenommene Förderprogramm "Kostenlose Aus- und Fortbildung JULEICA" kann bereits in 2026 nicht in voller Höhe von 200.000 € gefördert werden; in 2027 ist das Programm finanziell nicht mehr unterstellt.

Ebenso sind die Großveranstaltungen von jugendpolitischer Bedeutung, der Ausbau der Fachreferent*innenstellen sowie die Erhöhung der Personalnebenkostenpauschale auf 10.000 € ab 2026 nicht mehr finanziell unterstellt.

Wir brauchen auch mit Blick auf die eingangs ausgeführter Verlängerung des Landesjugendförderplanes eine deutliche Erhöhung der Planungsansätze im kommenden Doppelhaushalt.

Stärkung des Ehrenamtes

Die Landesregierung hat im ersten Halbjahr 2025 intensiv an der praktischen Umsetzung des Ehrenamtsgesetzes (Mittel in Höhe von 15 Mio. €) gearbeitet und hierbei einen engen Austausch mit dem Kuratorium der Ehrenamtstiftung gesucht. Leider wurde in diesem Prozess auf eine Einbindung, u.a. durch Anhörung von Trägerstrukturen verzichtet, so dass defacto eine (fast) allein zu verantwortende Richtlinie der Thüringer Staatskanzlei das Licht der Welt erblickte.

In unseren Gesprächen haben wir diese Kritik vorgetragen und bereits erfahren, dass eine Überarbeitung derer bereits in Planung ist. Es ist zu hoffen, dass hier eine breitere Einbindung von Trägerstrukturen, wie es das Ehrenamtsgesetz vorsieht, erfolgt.

Die Thüringer Ehrenamtsstiftung stellt für die Jugendverbände in 2025 100.000 € (statt bisher 78.000 €) zur Verfügung; für 2026 sind 120.000 € vorgesehen.

Darüber hinaus verfolgen wir das Ziel, ein Jugendprogramm zur Gewinnung und Stärkung ehrenamtlichen Engagement junger Menschen ab 2026 (in Höhe von mindestens 300.000€) gefördert zu bekommen. Das Programm wird gegenwärtig von einigen Geschäftsführenden der Jugendverbände konzeptionell unterstellt.

Mitgliedschaft MOBIT

Seit Mai ist der Landesjugendring Thüringen Mitglied bei MOBIT, der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen. Bereits seit vielen Jahren nutzen der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände die Expertise von MOBIT in der Beratung bei Verdachtsfällen, bei der Einschätzung von Entwicklungen vor Ort sowie im Rahmen von Veranstaltungen und Bildungsangeboten.

Aufgrund der zunehmenden Verbreitung rechter Einstellungen und der erkennbaren Zunahme von Anfragen der AfD gegenüber den Mitgliedsverbänden hat der Vorstand beschlossen, die bisherige Zusammenarbeit zu verstetigen und MOBIT künftig auch inhaltlich als Mitglied zu unterstützen.

Zukunft der Bildung

2025 wollten wir das Thema Positionsbestimmung „Zukunft der Bildung“ aktiv angehen. Geplant war eine Zukunftswerkstatt mit Jugendbeteiligung. Dafür standen wir in engem Austausch mit der Landesschülervertretung Thüringen.

Zwei Termine im März und Juni mussten leider wegen zu geringer Anmeldezahlen abgesagt werden. Im Vorstand diskutierten wir, welche Relevanz das Thema für junge Menschen hat und wie wir als Landesjugendring junge Menschen besser erreichen, bzw. wer unsere Zielgruppe für eigene Veranstaltungsformate ist.

Im Juni bildete sich eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitenden der Geschäftsstelle und Vorstandsmitgliedern. Gemeinsam entstand ein erstes Diskussionspapier mit dem Titel „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“. Es enthält acht zentrale Themenfelder und wurde zur 49. Vollversammlung eingebbracht.

Zusammenarbeit Vorstand und Verbände

Mitte 2024 führten wir eine Umfrage zum Thema Zusammenarbeit bzw. Kommunikation der Mitgliedsverbände und dem Vorstand des Landesjugendring durch. Die Umfrage sollte Aufschluss darüber geben, wie die aktuelle Informationsweitergabe und der Austausch empfunden werden und welche Kommunikation sich darüber hinaus gewünscht wird. Die Ergebnisse der Abfrage wurden im Hauptausschuss am 18.03.2025 zusammengefasst vorgestellt und wir diskutierten mit den Anwesenden über diese. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass ein noch intensiverer Austausch unter den Mitgliedsverbänden wünschenswert wäre, hier insbesondere ein fachspezifischer Austausch sowie über aktuell politisch relevante Themen. Der Vorstand sollte darüber hinaus informieren, wenn es etwas zu berichten gibt und dies nicht als Newsletter, sondern ggf. in einer kreativen Form, festgehalten bspw. in einem Podcast oder einer Sprachnachricht. Dieses Format solle kurz und knackig zusammenfassen, mit Inhalten über die wichtigsten Tätigkeiten, Gesprächsergebnisse mit politischen Vertretungen sowie aktuell relevante Themen, wie bspw. Haushaltslage, Kürzungen, neue Richtlinien, etc. Dies konnte noch nicht umgesetzt werden.

Eine weitere Idee war, ein digitales Gesprächsformat zu etablieren, was entstehen könnte, um einen besseren Austausch unter den Mitgliedsverbänden zu generieren. Erste fachspezifische und informative z.T. digitale Formate wurden bereits erprobt, wie bspw. der Abend „Thüringen und die Wahlen“ mit André Brodocz im Mai, die kurzen digitalen Weiterbildungsangebote für Multiplikator*innen durch Mitarbeiter der Geschäftsstelle, das in Präsenz stattfindende Fachgespräch zum Thema Vernetzung von schulischer und außerschulischer Bildung am 01.10.2025 sowie der noch stattfindende Fachtag „Wie neutral sollte politische Bildung sein?“ am 25.11.2025.

Stellungnahmen

Im vergangenen Jahr haben wir wieder vielfältige Stellungnahmen erstellt und uns in politische Prozesse eingebracht. Die Stellungnahmen sind auf unserer Homepage abrufbar.

- Günstige Mobilität für junge Menschen sichern – ein 28-Euro-Kinder- und Jugend-Ticket in Thüringen einführen (Drucksache 8/251) - [Stellungnahme](#)
- Entwurf einer Dreizehnten Verordnung zur Änderung der Thüringer Schulordnung (ThürSchulO) - [Stellungnahme](#)
- „Lebens-, Ausbildungs- und Wohnbedingungen für Azubis verbessern – Azubiwerk für Thüringen schaffen“ Drucksache 8/749 - [Stellungnahme](#)

Ausblick

In 2026 werden wir unsere jugendpolitischen Gespräche gegenüber dem Landtag intensivieren. Es ist zu erwarten, dass aus dem parlamentarischen Raum vielfältige Anträge uns zur Stellungnahme erreichen werden.

Regierungsseitig werden wir die Gespräche mit der Jugendministerin thematisch verstärken, hier auch zu der Fragestellung des Erhalts und der Fortentwicklung der eigenverantwortlichen Stelle beim Landesjugendring für die Förderung der Jugendverbände im Kontext Digitalisierung und Entbürokratisierung. Ebenso ist ein Gespräch mit dem Bildungsminister geplant, in dem es schwerpunktmäßig um die Frage der Öffnung von Schule und außerschulischen Bildungsträger gehen soll.

Der Vorstand wird eine frühere Tradition wieder aufgreifen. Er wird das Gespräch mit den Vorsitzenden der demokratisch verfassten Parteien auf Landesebene suchen, um frühzeitiger Themen aus dem Blickwinkel junger Menschen in die politische Debatte zu bringen und mit den Parteien hierzu länger im Gespräch zu bleiben. Hierbei soll bewusst an eine durch den Landesjugendring 2018 beauftragte und veröffentlichte Studie „Demokratieverststellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen“ angeknüpft werden. Im Zuge des Prozesses werden zwei weitere Studien angestrebt, zu denen es erste Gespräche gibt (Studie zu diskursiven Räumen: „Wie gehen Thüringer Jugendliche untereinander mit Dissens in politischen Fragen um?“ und Studie zur „Repräsentanz junge Menschen durch Parteien und andere politische Akteure.“)